

Saale-Beitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis... Die Halle... 2.25 M., einschließlich Postgebühren...

Abholung und Haupt-Bezugsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebenzweitzentrale: Markt 24.

Nr. 483.

Halle a. S., Sonnabend, den 14. Oktober.

1911.

Einfuhrscheine und Preissteigerung.

Wie zu erwarten war, legen sich die Agrarier für die Beibehaltung des jetzigen Systems der Einfuhrscheine eifrig ins Zeug. In diesem Sinne ist eben jetzt von agrarischer Seite eine Eingabe an den Reichsfiskus gerichtet worden.

Natürlich wird auch die preissteigernde Wirkung der Einfuhrscheine bestritten. Aber die im vorigen Jahr veröffentlichte Denkschrift der Regierung hat auf Grund amtlichen Materials festgestellt, daß die Einfuhrscheine tatsächlich zur Erhöhung der Getreidepreise im Osten beigetragen haben. Dabei ist hervorzuheben, daß der preissteigernde Einfluß keineswegs nur etwa die städtische Bevölkerung berührt, sondern auch die landwirtschaftliche, besonders die Viehzüchter; denn die Einfuhrscheine werden nicht nur für die Einfuhr von Roggen und Weizen ausgestellt, sondern auch beispielsweise von Gerste, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchten und Kaps. Der Teil der Landwirte, welche auf den Zukauf von Futtermitteln für sein Vieh angewiesen ist, hat dabei schon unter normalen Umständen den um den vollen Zoll erhöhten Weltmarktpreis zu zahlen. Sehr bedenklich wird das Verhältnis aber, wenn der Ausfuhr für landwirtschaftliche Produkte nicht eine ebenso große gleichartige Einfuhr gegenübersteht, sondern Getreide aus dem Lande exportiert wird, ohne daß durch den Import ein geeigneter Ersatz dafür stattfindet; denn Deutschland bedarf nicht nur seines gesamten Getreides, sondern auch noch eines namhaften Zuschusses aus dem Auslande.

Nun wird die wirtschaftliche Berechtigung des bestehenden Zustandes damit begründet, daß der Wertung des überschüssigen Getreides aus dem Osten Deutschlands innerhalb des Deutschen Reiches selbst die unverhältnismäßig hohen Transportkosten im Wege fänden, besonders, da die Staffeltarife beseitigt wären. Wir meinen, daß dies Verhältnis doch logisch und wirtschaftlich nur zu dem Schlusse führen könnte: „Dann müßten eben die Transportkosten ermäßigt werden!“ Nicht etwa in Form von Staffeltarifen! Aber deren Abschaffung braucht hier nicht weiter gesprochen zu werden. Aber es ist eine allgemeine Forderung des ganzen deutschen Gewerbetreibenden, daß es höchste Zeit sei, die Eisenbahnfrachttarife allgemein zu ermäßigen. Der Gewerbetreibende wird durch die viel zu hohen Frachten unverhältnismäßig mehr belastet, als es in einer richtig geführten Volkswirtschaft sein sollte, und eine Beseitigung solcher Verkehrssteuern würde dem ostdeutschen Getreide ohne Schädigung der süd- und westdeutschen Landwirtschaft eine weitere Verbreitung und Wertung innerhalb des Deutschen Reiches ermöglichen.

Der Tripoliskrieg.

Aus Tripolis wird gemeldet: General C a n e n a, der Oberkommandierende der italienischen Truppen, hat an die Bevölkerung von Tripolis und Chenaita einen

Aufruf... er ist nicht entfand worden, um die Bevölkerung zu Sklaven zu machen, sondern ihr, die bisher der türkischen Knechtschaft unterworfen gewesen ist, ihre Rechte wieder zu verschaffen, ihre Bedrücker zu töten und die Bevölkerung wieder frei zu machen.

Italien registriert werden; alle religiösen und bürgerlichen Geheesvorschriften sollen unangetastet bleiben. Es werde auch keine Kontribution eingezogen werden und die jetzt bestehenden Steuern würden vermindert, herabgesetzt und eventuell sogar ganz abgeschafft werden. Niemand solle gegen seinen Willen zum Waffenbesitz gezwungen werden. Alles dies werde die Grundlagen für die zukünftigen Beziehungen zwischen Schützern und Beschützten bilden. Der Aufruf schließt mit den Worten, Italien wolle den Frieden und wolle, daß das Land unter dem Schutz des Königs von Italien ein Land des Friedens bleibe und daß die italienische Flagge darin mehr als Zeichen der Treue, der Liebe und der Hoffnung.

„Giornale d'Italia“ meldet: Die Verfügungen der Regierung in Tripolis, daß Religion, Eigentum und die Frauen gesichert werden sollen, machte einen günstigen Eindruck. 15 Mitglieder des Komitees für Einheit und Fortschritt wurden ausgewiesen. Während der Besetzung sind 300 Straftlinge entlassen; andererseits werden Flüchtlinge festgenommen. Es wurden Schriftsätze des Komitees für Einheit und Fortschritt beschlagnahmt, in denen die Traber zum Massacre gegen die Italiener aufgefordert werden. Die Ankunft weiterer Traberhäufte aus dem Innern steht bevor.

Konstantinopel, 12. Okt. Das jungtürkische Komitee beschloß, alle Maßnahmen gegen die Italiener, den wirtschaftlichen Boykott sowie die Boykottierung der italienischen Schulen und der italienischen Sprache; auch kam man überein, die türkischen Kinder im Haag gegen die Italiener zu erziehen. Zur Verwirklichung dieser Absichten wurde ein Verein des Hasses gegen Italien gegründet. In einem Aufruf, den das Komitee im „Tanin“ veröffentlicht, werden alle Ottomanen zum Beitritt aufgefordert.

Konstantinopel, 18. Okt. Das Komiteeblatt „Tanin“ setzt sich auch heute wieder für schonungslose Führung des Krieges gegen Italien ein und hebt dabei hervor, daß Italien von den Grobmächten verhindert werden würde, den Krieg an die ägäischen Küsten zu tragen. Die Worte solle, so fordert der „Tanin“ mit erneuertem Nachdruck, energisch die wirtschaftliche und sonstige Drangsalierung der Italiener in der Türkei handhaben.

4. Deutscher Hochschullehrertag.

S. u. H. Dresden, 12. Oktober. Professor Wettkstein-Wien, de Courdes-Leipzig und Schröder-München sprachen über

„Hochschule und selbständige Forschungsinstitute“.

Professor Wettkstein führte in seinem Vortrage aus: Seitdem die wissenschaftliche Forschung nicht mehr der persönlichen Betätigung einzelner Überlaffen, sondern die Aufgabe öffentlicher Institutionen ist, hat es in allen Kulturstaaten zweierlei Forschungszentren gegeben: einerseits die Hochschulen für Forschung und Lehren, andererseits Institutionen, die nur der Forschung und neben vielfachen Aufgaben dienen, wie Museen usw. Die Beziehungen zwischen beiden werden sehr häufig diskutiert, was auf Mitteilungen zurückzuführen ist, welche im vorigen Jahre anlässlich des Berliner Universitätsjubiläums von gewisser Stelle aus gemacht wurden. Je mehr Möglichkeit der wissenschaftlichen Forschung geboten ist und je größere Mittel vorhanden sind, desto größer sind die Kreise derjenigen, welche zur Forschung herangezogen werden. Von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus haben wir allen Grund, die Schaffung selbständiger Forschungsinstitute zu begrüßen. Die Notwendigkeit der Errichtung solcher Institute ist anzuerkennen, sie dürfen aber die bestehenden Hochschulen nicht verdrängen wollen, sondern müssen der Ergänzung der Forschungen dienen, die an den Hochschulen ausreichend vertreten werden können und in diesem Sinne die wissenschaftliche Arbeit ergänzen, oder nicht ersetzen. Unter der Voraussetzung einer durch die Errichtung der Forschungsinstitute nicht geminderten Fürsorge für die Hochschulen ist eine vollständig selbständige unabhängige Institution der Forschungsinstitute sehr anzunehmen. Bei Gründung der Forschungsinstitute ist im Interesse der Wissenschaft nicht nur auf die Unabhängigkeit und reiche Ausstattung solcher Institute zu achten, sondern vor allem auf die sorgfältigste Wahl der leitenden Personen, ihrer Hilfskräfte und die Möglichkeit einer späteren Vervollständigung der Zweckbestimmungen. In der Diskussion führte

Professor Vöthcher-Würzburg

an, daß man über Einzelheiten der Durchführung einer organischen Verbindung mit den Universitäten sich noch nicht entscheiden könne. Es werde aber eine grundsätzliche Stellungnahme der Versammlung zu dieser Frage sehr notwendig sein. Professor Vöthcher-Leipzig wies darauf hin, daß die Frage in Leipzig zur Zeit akut sei. Professor Lambricht hat große Summen aufgebracht zur Forschung auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften. Zwischen Seminar und Institut herrsche eine gewisse finanzielle Rivalität. Besonders die Seminarleitenden sind der Meinung, daß die Seminare zu gering bedacht werden, sie wissen aber nicht, wie die Frage geregelt werden soll. Ob die Frage der Geisteswissenschaften auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gelöst werden kann, ist mir noch nicht klar. Es ist aber zweifellos, daß eine Verbindung zwischen Forschungsinstitut und Universität gefördert werden muß. Ich begrüße, daß die Institutionen und die Forschungsinstitute einander näher treten, denn sie gehören innerlich zusammen, ob sie nun nebeneinander bestehen oder unter sich verbunden sind. Ich werde der Meinung, daß eine Art von Personalunion zwischen den Instituten herbeigeführt werden muß. Professor Vogt-München erklärt, er sei mit der Anschauung hierher gekommen, daß die For-

schungsinstitute die Tätigkeit der Universität auf dem Gebiete der eigenen Forschung herabdrücken möchten, er sei aber jetzt anderer Ansicht. In Professor de Courdes habe er eine Frage zu richten, da ihm etwas unklar sei. Die Direktoren der Forschungsinstitute sollen angesehig ohne weiteres das Ordinariat an der Universität erhalten. Das würde eine Verringerung des Vortragsrechts der Universität sein und außerdem könnte ein Direktor scheinlich ein Ordinariat ausfüllen, da seine Kräfte voll auf in Anspruch genommen seien. Professor Beer-Leipzig betont, daß es ihm keineswegs erwünscht ist, daß jede Errichtung des Forschungsinstitutes der Kontrolle unterstehe und der Staat das Verfügungsrecht über die Errichtung haben solle. Prof. W e r t h a u e n -Bannover erklärt eine Gefahr für die Hochschulen darin, wenn das Forschungsinstitut von der Hochschule unabhängig bestehen soll. Es würden dann den Universitäten noch viel weniger Mittel zur Verfügung gestellt wie jetzt, da der Staat eben nicht mehr Mittel erteilen wird. Das wäre besonders für die technischen Hochschulen ein sehr großer Nachteil, da deren Mittel ohnehin sehr beschränkt sind und für eigene Forschungen nichts mehr übrig bleibe. Die Gefahr einer weiteren Verarmung der Gelehrtheit würde vermieden, wenn die Forschungsinstitute der Universität und technischen Hochschule angegliedert würden.

Professor Lamprecht-Leipzig

Lamprecht, mit der alten Form sei nichts mehr anzufangen, es müsse eine neue Form geschaffen werden, um in der Entwicklung fortzuschreiten. Wie sich die Universitäten dazu verhalten werden, ist für sie und ihre Stellung in der Welt entscheidend. Man erwartet von uns, daß wir den ersten Schritt tun. Tun wir ihn nicht, oder nicht bald, so werden sich andere tun, und davon wird die Schätzung der deutschen Universitäten abhängen. Eine Wendung von oben herunter müßte gar nichts, die müßte von unten herauf kommen, nur dann bekommen wir wieder ein solches Institut, wie wir es brauchen können. Das heute die Universitäten nur Kandidaten für staatliche Examina abgeben, ist einer Universität unwürdig. Ich bin nicht der Ansicht, daß, wer Forschungen macht, elementare Vorlesungen nicht mehr brauche. Ich glaube, daß eine Universitätsreform, die nicht zugleich eine Wissenschaftsreform ist, überhaupt keine Reform genannt werden kann, denn eine Reform muß auch andere persönliche Fortentwicklung betreffen. Wenn Institut ist ganz selbständige, ich hätte aus der Fakultät auscheiden können, zumal es zu einem Konflikt gekommen ist; aber ich las keinen Grund dafür ein. Was die Geldfrage anlangt, so ist es leicht, Geld zu bekommen; man darf den Reuten nur klar machen, daß man nicht als Bittender kommt, sondern selbst etwas gegeben hat. Man darf die Leute aber auch nicht dadurch verwöhnen, daß man kleine Beträge annimmt. Professor de Courdes erklärt darauf, daß in den Sitzungen des Kaiser-Wilhelms-Instituts sehe, daß mit dem Direktor und den Lehrern Beträge über die Verwertung ihrer Errfindungen abgeschlossen seien. Man würde also dem Staat einige Prozent abtreten müssen. Prof. v. M i r a -München betont, es brauche sich nicht immer um Prozente zu handeln. Der Staat kann auch einmal erlangen, daß man alle seine Urheberrechte an der Errfindung ohne weiteres dem Staate abtreten müßte. Ich gehe hier von einem bestimmten Falle aus und spreche aus eigener Erfahrung.

Es entspann sich dann eine längere Debatte darüber, ob man einen Beschluß als Endergebnis über die Diskussion in diesem Punkte fassen wolle. Es wurde jedoch dem Gebrauche der früheren Hochschullehrertage gefolgt, die es sämtlich abgelehnt haben, einen bestimmten formulierten Beschluß zu fassen. Darauf wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

Deutsches Reich.

Die Aufnahme des Maroffvertrages in Frankreich.

Der „Magdeburgerischen Ztg.“ geht aus Paris eine Mitteilung zu, der man die allermeiste Verbreitung wünschen sollte. Es heißt in diesem Briefe: Es muß nachdrücklich festgelegt werden, daß es die französische Diplomatie war, die mit einer im Lande der „Maroffers“ gefügigen juristisch-diplomatischen Pflichten und Pflichten leben einzelnen Ausdrück hin und her drehte. So sind verschiedene Aussagen hat man der Reihe nach zwischen Paris und Berlin hin und her geschickt; und als man schon ungefähr bei der fünften Fassung angelangt war, kamen die Franzosen auf Wendungen der allerersten Fassung zurück, und suchten von neuem eine Debatte aufzunehmen, die man deutscherseits längst für abgetan hielt. Genau die Prozeduren, die man in französischen Blättern k i b e r l e n vorwärts, sind tatsächlich von französischer Seite beliebt worden. Dadurch ist die Verhandlung auf schriftlicher Grundlage zu unendlich hingezögert worden, vom 4. September bis 11. Oktober. Wenn man im übrigen sich vergegenwärtigt, was vor dieser letzten Etappe — bei den mündlichen ersten Verhandlungen — hat alles durchgesprochen werden müssen, um überhaupt eine Einigung zu ermöglichen, so kann man wahrlich nicht sagen, daß hier bei jeder Zeile verloren worden sei. Man muß sich einmal in die französische Auffassung vor dem 6. Juli zurückversetzen; die damals amtlich vorgelegte Auffassung war die:

Wir haben nichts weiter getan, als was die Migestrate uns vordrängte und was sie zuließ; wir sind nach dem gegangen, nur, weil uns der Sultan rief und weil wir bedrohte Landleute retten mußten; es fällt uns nicht im Traume ein, für uns belohnen Vorkette, geschweize denn ein Protokoll, eine Transkription in Maroff zu suchen! In wievielen Ministerräten war doch die un-

Arbeiternot in Deutsch-Südwest.

Ein anschauliches Bild von den Zuständen, wie sie in unseren Kolonien durch die Abneigung der Eingeborenen gegen die Farmarbeit entstehen können, gibt eine Zählung des in Windhuk erscheinenden 'Südwesterboten'.

Auf meiner Farm habe ich jetzt bei über 100 Kühen ein Herzwelt als Wälder, bei einer Herde von etwa 520 Köpfen Kleinvieh ein Herzwelt, bei einer Herde von 480 Stöcken ein Herzwelt...

Der Farmer sprach, wie er schreibt, bei der Bezirksbehörde mit der Bitte vor, ihm einige Ausschickskräfte zur Verfügung zu stellen, falls damit aber keinen Erfolg; man tröstete ihn mit der Prospektion: 'In zehn Jahren werden wir jenseit Weiße im Land haben, das für die Koff arbeiten werden!'

Von unterrichteter Seite wird dem 'Lokalanz.' die Ermordung eines Doamboschäpplings mitgeteilt. Der Häuptling Mandume des größten Doamboschames der Kuanjamas ist von seinen eigenen Stammesgenossen getötet worden.

Bot- und Personalnachrichten.

Der Kronprinz ist mit seinem Gefolge Freitag in Jauerzig als Jagdgast des Fürstlichen Dr. v. Kopp eingetroffen.

Herrn Heinrich von Preußen ist Freitag morgen um 8 Uhr im Automobil vom Königl. Hof nach Hamburg abgefahren.

Der neue amerikanische Botschafter J. G. Veihman ist in Berlin eingetroffen und hat dem Staatssekretär v. A. Bieren-Waechter einen Besuch gemacht.

Dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Moritzmeier in Köln ist vom Kaiser der Charakter als Wirklicher Geheimerr Oberjustizrat mit dem Range der Räte erster Klasse und dem Senatspräsidenten Braun in Köln und dem Landesgerichtspräsidenten von Grelens befohlen der Charakter als Geheimerr Oberjustizrat mit dem Range der Räte zweiter Klasse verliehen worden.

Wohnungsverordnungen. Dem Ministerialdirektor a. D., Wirklichen Geheimerr Rat Dr. Hugo Zille ist die Eigenschaft als Räte der Räte erster Klasse mit dem Range des Generalinspektors a. D. Wirklichen Oberhofmarschallrat, Prof. Dr. Wilhelm Geber zu Berlin der Königl. Kronenorden erster Klasse verliehen worden.

Ausland.

Die Proklamation der Rebellen.

(Zu den chinesischen Unruhen.)

Ein Telegramm meldet aus Schanghai: Die Rebellen in Kuitung erließen eine Proklamation, in der sie jedem mit Entsaupung drohen, der Beamte vertritt, Fremde beleidigt, Kaufleute, Händler, den Handel stört, mordet oder brennt und die Souveränität freiwilligen Bestämpf.

'Times' meldet aus Peking: Die Revolution in Mittelchina dehnt sich schnell aus. Sie ist außerordentlich gut organisiert. Die Regierung befindet sich in gefährlicher Gefahr.

Togigkeit gegeben. In Anhu, wo 1908 eine Militärrevolte ausgebrochen war, und in Tchang Sha befindet sich ebenfalls Unruhe. Der Kriegsminister Yin Tchang fann auch dann, wenn die Eisenbahnverbindungen unbedeutend sind — was schwerlich zu erwarten ist — nicht vor vierzehn Tagen in Hankau eintreffen.

Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach dem Jangtse.

Die Aufstandsbewegungen in den Jangtseprovinzen bei Kuitung und Hankau haben, wie das 'S. T.' meldet, sofort eine größere Zahl von Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe veranlaßt. Von Tjingtau sind der Kreuzer 'Leipzig' und das Kanonenboot 'Alis' südwärts beordert worden.

Landung fremder Truppen in Hankau.

Peking, 18. Okt. Aufständische in Hankau haben die Eisenbahnstation erobert. Fremde Matrosen unter dem Admiral der japanischen Flotte Hasegawa sind gelandet worden, um die Niederlassungen der Fremden zu schützen.

Die Lage in Portugal.

Paris, wie gemeldet: Der Sonderberichterstatter des 'Matin' meldet aus Beirin in der Nähe der portugiesischen Grenze: Man betrachtet hier die Lage Conceiros als verzweifelt und ist in royalistischen Kreisen der Ansicht, daß das Scheitern der Bewegung dem Verfall gewisser Personen, auf die der Führer der Royalisten sein ganzes Vertrauen setzte, mehr zuzuschreiben sei, als die Spaltung in der Monarchistenpartei.

Bischof, 13. Okt. Nach einem bisher unbefähigten

richtigen sollen die Monarchisten die Grenze überschritten und zwei Dörfern befehligt haben.

Kasse und Umgebung.

Galle a. S. 14. Oktober.

Die diesjährige Zentralversammlung der landwirtschaftlichen Vereine

findet Donnerstag, den 16. November, im Saale der Landwirtschaftskammer zu Halle statt. Auf der Tagesordnung steht eine allgemeine Ansprache über die Trostlosigkeit des verflochtenen Sommers.

Der zweite Oktober-Kennntag des Sächs. Thüring. Reiter- und Pferdezucht-Vereins

zeigt etwas geringe Kennnungen; er wird aber immerhin Anregendes genug bringen. Gerade für den Kenner und für den interessierten Publikum kann ein schwächer besetztes Feld unter Umständen stärkere Anregung geben, größeren Genuß zu verschaffen, als eine große Zahl konkurrierender Pferde.

Im 'Verbandsjahrgang' fallen aus den 16 Nennungen die Namen von Freude (am 8. zweite zu Reuele) und Antlerhorst (am 8. Siegerin im Mäander-Jagd-Rennen) auf. Vorherer weiß man nicht, ob sie hier laufen wird, gegen letztere wurde nachträglich Protest wegen mangelnder Berechtigung, an Offiziersrennen teilzunehmen, eingelegt.

ginge Uneigennützigkeit der französischen Aktion, die nur einen Aufmarsch ausführe, dargelegt worden: Deutschland war es überdies, das durch das Kriegsgesetz in Agadir den Vertrag von 1909 grüßlich verletzt hatte; und Deutschland hatte durch diesen Vertrag doch schon auf alle politischen Rechte in Marocco endgültig verzichtet!

Es hat doch naturgemäß einiger Mühe und einer nicht ganz kleinen Zahl von Unterredungen bedurft, um die Franzosen zunächst dazu zu bringen, daß sie ihre wahren Absichten auch offen eingestanden, zugaben, daß sie im Grunde eben doch auf ein Protektorat hinabzusehen. Sodann hat es ihnen klar gemacht werden müssen, daß nicht Deutschland, sondern sie den Vertrag von 1909 mißachtet hatten.

Der Weg bis zu dem Grundsatze der Kompensation war weit genug.

Bundesratsitzung.

Der 'Reichsanzeiger' meldet:

In der am 12. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Schuttpangengesetzes, der Vorlage, betreffend eine Denkschrift zum Handels- und Schiffahrtsverträge mit Japan, und der Vorlage, betreffend ein Abkommen mit Belgien über den Verkehr mit Branntwein an der deutsch-belgischen Grenze, die Zustimmung erteilt.

Warnung vor Uebersiedlung.

Unter dieser Ueberschrift wird den 'Berliner Politischen Nachrichten' von maßgebender industrieller Seite geschrieben:

'Das Hauptziel des letzten Tagungsabschlusses des gegenwärtigen Reichstages soll der Entwurf eines Verfassungsgesetzes für Angehörte werden. Das bedeutet nichts anderes, als diesen Entwurf mit feiner einschneidenden, kaum zu übersehenden Tragweite einer rasigen, schließlichen Beratung, einer vollkommenen Beschleunigung entgegen zu sein, den Bedürfnissen der Wahlgänger, der Mandatarinteressen der Parteien unterstellen. Man muß aber bedenken, daß der Entwurf von dem 'herabenden Reichstage' verabschiedet werden soll, dessen Parteien und dessen Mitglieder zu einem großen Teile seit nur noch von dem Selbstherrschungsstriebe bewegt, von der Sorge erfüllt werden, sich im Wahlkampf zu behaupten und womöglich zu verstärken. Die Atmosphäre der einseitigen und zu wiederholenden Wahlversprechungen kann eine geistliche Lösung der grundsätzlich wichtigen Eingetrags des Entwurfs, die zum Teil noch gar nicht prüdfähig sind, nicht gewährleisten.

Unter diesen noch die Aufstellungen der an der Pensionierungsverpflichtung der Privatbeamten unmittelbar Beteiligten über die Fragen, ob der Weg der Sonderreorganisation zu wählen oder der Ausbau der Invalidentenversorgung vorzuziehen sei, wie weit der Kreis der verfallenen Beamten gezogen werden soll und ob die Höhe der Versicherungsbeiträge durch die zu erwartenden Leistungen gerechtfertigt wird.

Große wirtschaftliche Verbände haben zwar wiederholt dem Gedanken der reichsgesetzlichen Zwangsversicherung der Angehörten zugestimmt, aber sie haben gegen den von der Regierung ausgearbeiteten und der Öffentlichkeit vorgelegten Entwurf die schwerwiegendsten Bedenken erhoben zu müssen geglaubt, und sich daher gegen dessen Annahme mit allergrößter Entschiedenheit ausgesprochen. Um so mehr ist somit angelehnt des Wieberzulemmens die erneute Warnung vor Uebersiedlung geboten. Es verdient wiederholt zu werden, was der Zentralverband Deutscher Industrieller in seiner an den Bundesrat gerichteten Eingabe zum Entwurf des Privatbeamtenversicherungsgesetzes betont hat: Wollte verabschiedet wäre ein anderes Erachten, etwa aus politischen Erwägungen eine eilige Behandlung der Angelegenheit zu betreiben; denn nur aus einem wohlüberlegten und von der Zustimmung der Beteiligten getragenen Gesetze kann ein Segen aus dem politischen Standpunkte aus erwachsen; aus einem übereilten Gehebe aber und den aus ihm notwendig folgenden Enttäuschungen müssen politisch wie auch Schäden erwachsen. Solche Enttäuschungen würden aber, wenn ein Gesetz, das dem vorliegenden entspricht, zustande käme, nicht ausbleiben können.'

Der Reichsverband deutscher Städte.

der die Vereinigung der Städte unter 25 000 Einwohnern darstellt, hielt dieser Tage in Berlin seine zweite Mitgliederversammlung ab. Unter den Eingeladenen befanden sich Vertreter verschiedener Behörden, wie des Ministeriums des Innern, des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, des staatlichen Landesamts u. a., sowie der nationalliberalen Landtagsabgeordneten, Oberverwaltungsgerichtsrats Schiffschneiders, Abgeordneter Schiffer führte in seiner Eröffnung auf die Begründung des Vorleses ein. Sie tragen aber ihre Bedeutung in sich. In unserem gesamten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben haben wir hart darunter, daß die berechtigten und wirksamen Faktoren des Lebens nicht immer nach außen in einer Weise zum Ausdruck kommen, wie es ihnen gebührt. Zweifellos sei es, daß gewisse Elemente einen ungerechten großen Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, während reale Interessen an die Seite gedrückt werden und sich nicht äußern können, wie sie es beanspruchen dürfen. Die Städte sind bewußt, die tragfähigen Mittelschichten unseres staatlichen Lebens darzustellen. Daher sei es zu begrüßen, daß sie sich jetzt konzentrieren, um ihren Platz zu bewahren. Auf der Tagesordnung stand eine Reihe wichtiger Thematika zur bevorstehenden Verwaltungsreform, zur Wählensgüteform u. a.

Ueber einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung durch einen Landrat berichtet der 'Bote a. d. Rhein-Geizig':

Peterswaldau, 12. Okt. Die vom Landrat verhängte Anstellung eines vollbesoldeten Gemeindevorleiders wurde von der Gemeindevorstandung abgelehnt. Die Gemeindevorstandung erachtete diese Vorlegung als einen Eingriff in ihre Selbstverwaltung und will einen besonderen öffentlichen Ortsvorsteher wählen.





Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

In Uebereinstimmung mit der festeren Tendenz der Westbörsen... In Uebereinstimmung mit der festeren Tendenz der Westbörsen...

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 13. Oktober.

Table with columns: Akt., Kurs, Verk., Akt., Kurs, Verk. listing various stocks and their prices.

Teuerung in Italien infolge des Krieges.

Die oberitalienischen Müller kündigten ihre Lieferungsverträge für Mehl aus Hartweizen und erhöhten die Mehlpreise um 4 1/2 bis 6 Lire per Doppelzenter.

Ungünstige Aussichten für die Kaffee-Ernte.

Aus Rio de Janeiro wird per Kabel berichtet: Nachrichten aus dem Staate Sao Paulo besagen, die Blüte der Kaffeebäume biete ungünstige Aussichten für die Ernte im Jahre 1912 und lasse gegen das Jahr 1911 einen bedeutend geringeren Ertrag erwarten.

Gewerkschaft Ludwig II. Wie in dem Geschäftsbericht der Stassfurter Chemischen Fabrik vom Vorjahr... geteilt wird, betrug die Ausbeute der Gewerkschaft Ludwig II in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1910/11 400 Mk. gegen 300 Mk. im Vorjahre und dürfte bei normalen Absatzverhältnissen des Kalksyndikats für das laufende Jahr günstiger ausfallen.

Die Kalkgewerkschaft Neulandstedt hat in ihrem Schacht ein neues, hochgezogenes Kalklager von mehreren Metern Mächtigkeit durch Horizontalbohrung erschlossen.

Ein neuer Metalllampenfabrik der Auergesellschaft, Die Auergesellschaft macht bekannt: In der Herstellung der Osram-Lampe ist eine wesentliche Verbesserung dadurch eingetreten, dass die Glasröhren der Metallröhren aus denen die Lampen hergestellt werden, aus festem gezeichneten Draht herstellt.

Die Harzer Werke Akt.-Ges. zu Riebeland und Zorge in Blankenburg a. H. erklärt, sie habe vor einiger Zeit ein Pachtangebot auf die fiskalische Zeche „Rothehitze“ abgegeben.

Kalkwerkzeugmaschinenfabrik Breuer, Schumacher & Co. Akt.-Ges. zu Kalk. Der Aufsichtsrat beschloss, die Verteilung einer Dividende von wieder 8 Proz. in Vorschlag zu bringen.

Eisenwerke Gaggenau, Akt.-Ges. Der Rohgewinn für 1910/11 stellt sich auf 429 111 (367 782) Mk., woraus zu Abschreibungen und Rückstellungen 245 099 (227 245) Mk. verwendet und an die Aktionäre 4 (3) Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Das Bledsyndikat erhöhte laut „Köln. Volksztg.“ die Preise um 1 Mk. pro Doppelzenter auf 39,50 Mk. für Stüchleinweiß, auf 40,50 Mk. für Pulverbleichweiß und 45 Mk. für Oelbleichweiß, der Doppelzenter netto frachtfrei Köln.

Erhöhung der Eisenpreise. Wie die „Bresl. Ztg.“ von bestinformierter Seite erfährt, ist eine Erhöhung der oberösterreichischen Eisenpreise in Aussicht genommen.

Gussstahlwerk Witten. In der Generalversammlung, die die Dividende auf 9 Proz. festsetzte, erklärte die Verwaltung, seit Abfassung des Geschäftsberichts sei der Eingang an Aufträgen weiterhin gut gewesen; das Ergebnis der Monate Juli und August sei etwas günstiger als das gleiche Zeit des Vorjahres.

Vereinigtes Königs- und Laurahütte Akt.-Ges. Die Finanzdeputation der Stadt Hamburg übertrug im Submissionswege die Lieferung und Aufstellung flusselerner Brückenüberbauten im Freihafengebiet der Laurahütte.

A.-G. für chemische Produkte vormals H. Scheidemann in Berlin. Die Gesellschaft beruft jetzt auf den 30. Oktober eine ausserordentliche Generalversammlung ein, welche über die seinerzeit angekündigte Kapitalserhöhung von 8 auf 11 Millionen Mark beschließen und die Zahl der Aktionäre entsprechend um zwei erhöhen soll.

Deutsch-Übersseelsche Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin. Die Betriebseinnahmen der Elektrischen Strassenbahn Valparaiso A.-G. Valparaiso betragen im Juli 1911 420 989 Papierpesos (i. V. 100 250) und im Januar bis Juni 1911 2 853 925 Papierpesos (i. V. 2 816 692).

Neues elektrisches Aktienunternehmen in Oesterreich. Aus Wien wird gemeldet: Die Oesterreichische Kreditanstalt und die Ungarische Kreditbank wandeln die bekannte Wiener elektrische Installationsfirma Deckert & Homolka in eine Aktiengesellschaft um.

Portland-Zementfabrik „Germania“ in Hannover. Der Abschluss für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr entspricht ungefähr demjenigen des Vorjahres. Eine Dividende gelangt daher auch diesmal nicht zur Verteilung.

Bamberger Mälzerei A.-G. vorm. Carl J. Dessauer. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Julius Der Verein Deutscher Juteindustrieller berichtet: In Deutschland war der Markt sehr fest bei guten Umsätzen. In Kalkutta ist der Markt unverändert. Hessians 10 1/2 oz 40" bedingen 12,0 Rs. per 100 Yards, in New York 5,25 Cts. per Yard. In Dundee ist der Markt fest. Es notierten: Hessians 10 1/2 oz 40" 2 1/2 d. per Yard, Nr. 6 Schussgang 2 sh. per Spynde.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 13. Okt. Am Frühlmarkt sortierten Weizen inländ. 20,100 - 20,100 ab Bahn und frei Mühle, Roggen inländ. 18,000 - 18,100 ab Bahn und frei Mühle.

Hamburg, 13. Okt. Rübenzucker, L. Produkt, Basis 85 1/2, Rendement neue Usanos, frei an Bord Hamburg.

Hamburg, 13. Okt. Good average Santos vorm. nachm. abends per Oktober . . . 11,17 1/2, 11,21 1/2, 11,25 M.

Kartoffelmehl und Stärke. Magdeburg, 13. Okt. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 38,75 20,25. Stklo.

Spiritus. Nordhausen, 13. Okt. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105-160) 1) 86,75 - 90,75 M., do. 48 Vol. Proz. für 100 kg (108-107) 1) 100,25 - 105,25 Mark per 100 kg und Oktober 1911 ohne Fass ab Brennt.

Chemische Produkte. Hamburg, 13. Okt. Chlorsäure per 100 kg 8,75, Febr.-März 10,02 1/2, frei Fabrik Hamburg. Fest.

Wolle. Bremen, 13. Okt. Baumwolle stetig. Upl. loko mittl. 51,00 Pfg. Liverpool, 13. Okt. Aegyptische Baumwolle per Nov. 91,00.

Metalle. London, 13. Okt. Chili-Kupfer fest 55 1/2 bis 3 Mon. 55 1/2, Zinn Bräns stetig 183, 3 Mon. 183, Blei span, ruhig 15 1/2, Speis 18 1/2, Zink gewöhnliche Marke, ruhig 27 1/2, spez. Ranks 28 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns: New York, Chicago, Weizen, Mais, Kaffee, etc. listing prices for various commodities.

Schiffsnachrichten.

Oesterreichischer Lloyd. (Bureau in Halle: Max Lippmann, Volkmanstr. 4) Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 14. und 17. Okt. Almisa, 13. Okt. Metooch; nach Dalmatien: 14. Okt. Eilinie Triest-Cattaro (A) Baron Gutsch; 15. Okt. Linie Eilinie (A) Brioni, 17. Okt. Eilinie Triest-Cattaro (A) Graf Wurmbard, 18. Okt. Dalmatinisch-albanesische Linie Adelsberg (A) berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Lesina, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro; nach der Levante und dem Mittelmeer: 15. Okt. Griechisch-orientalische Linie (A) Tirol, 15. Okt. Eilinie Triest-Alexandrien Semiramin, 17. Okt. Linie Triest-Syriz Dalmatia, 17. Okt. Eilinie Triest-Konstantinopel Leopoldis; nach Ostindien, China, Japan: 16. Okt. Linie Triest-Bombay Bregenz, 27. Okt. Linie Triest-Kobe Persia.

Wasserstände.

Table with columns: Name and Instrum., Fall (Wuchs) for various water levels and gauges.

Table with columns: Name, Kurs, etc. listing various stocks and their prices.

Berliner Börse, 13. Okt. 1931

Verhandlungsbörse, die Zinsnotierung, die Wechselnotierung, die Geldnotierung, die Wertpapiere...

Main table containing financial data, including columns for 'Wahrsch. Fds.', 'Geldnot.', 'Verhandlungsbörse', 'Wahrsch. Fds.', 'Geldnot.', 'Verhandlungsbörse', etc.

Handelsbankaktien, Berlin Handelsbankaktien, Berlin Handelsbankaktien...

Vertical text on the right margin, possibly containing additional market information or commentary.